

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltengzelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stampel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 13. März d. J. den Oberstaatsanwalt bei dem lombardisch-venetianischen Oberlandesgerichte, Alois Farfoglia, zum Sektionsrathe im Justizministerium allergnädigst zu ernennen und gleichzeitig den Justiz-Ministerialsekretär Alfred Hueber eine Sektionsrathsstelle extra statum allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 8. Februar l. J. Allerhöchsten Willen ausgesprochen, daß eine internationale Industrie- und Landwirtschafts-Ausstellung, welche sich auch auf die Schöpfungen der bildenden Kunst erstrecken soll, im Jahre 1865 oder wenigstens in einem der nächst darauf folgenden Jahre abgehalten werde.

Ueber Anordnung des hohen k. k. Handelsministeriums, welches sich die Bekanntgebung der näheren Bestimmungen vorbehalten hat, wird diese Allerhöchste Entschliessung schon jetzt veröffentlicht, damit jene, welche sich an der Ausstellung zu betheiligen gedenken, demnach bei Zeiten ihre Einrichtungen zu treffen vermögen.

Vom k. k. Landes-Präsidium. Laibach, am 13. März 1863.

Laibach, 16. März.

Der gespenstische Webestuhl der Diplomatie ist im Gange, die Schiffe fliegen geschäftig hin und her, die Fäden schießen durcheinander, das Gewebe — was wird es sein? Eine Fahne des Krieges? Oder ein Bahrtuch für das todtte Polen? Es scheint, die Sache wird ernsthaft; der preussische Junker ist vielleicht das blinde Werkzeug in der Hand des Schicksals; denn, er hat die polnische Frage zur europäischen gemacht.

Die Ankunft des Fürsten Metternich in Wien ist ohne Zweifel bestimmt, wichtige Fragen zur Entscheidung bringen zu helfen, vor welche die europäische Politik sich in diesem Augenblicke gestellt sieht. Oesterreich ist die Stellung des Vermittlers zwischen England und Frankreich und des Moderators in der ganzen Angelegenheit zugewiesen.

Oesterreich ist auf ein Mal wieder eine bestimmende Macht in Europa geworden und wird jetzt von jeder anderen der vier Großmächte geradezu gesucht.

Aus Oesterreichs Haltung zur polnischen Frage wird sehr bald auf die Lösung der italienischen zu schließen sein. Oesterreichs Stellung ist eine äußerst schwierige geworden; denn wenn es Frankreich die Mittel versagt, die Lösung der polnischen Frage in gemäßigt-nationalem Sinne zu erwirken, so wird Frankreich, wenn auch unter anderer Leitung seiner auswärtigen Angelegenheiten, vielleicht in Betreff der italienischen Frage wieder in den revolutionären Weg hineingedrängt werden.

Oesterreich soll und darf sich Niemandem gegenüber compromittiren, aber es muß und soll allenthalben bei gutem Rathe und bei guter That gegenwärtig sein. Vor Allem ist es Oesterreichs Aufgabe — sagt die „Oesterr. Ztg.“ — die eigene Kraft zu schonen und die eigene Sicherheit zu wahren. Keine Mehrausgabe, keinen Kostenaufwand; aber wenn es Noth thut, möge die Sicherheit der Grenze gewahrt und die nöthige Vorsicht nie außer Auge gelassen werden. Oesterreich kann und wird nicht mit dem Aufstande sympathisiren, auch wenn er sich des reli-

giösen Austriches bedient, es wird den Aufstand nie unterstützen, es wird sich aber auch von Allem zurückhalten, was einen Eingriff in des Nachbarn Recht und Gebiet thut, auch von Allem, was einer Mitwirkung gegen das zum Todeskampfe erbitterte Volk gleichkommt. Das will nicht sagen, daß es kein Recht hätte, für Menschlichkeit und Humanität das Wort zu reden. Zwischen Oesterreich, Preußen und Rußland sind vor Allem die Verträge geschlossen worden, welche das einstige Herzogthum Warschau an Rußland übergaben, und Oesterreich kann vor Allem darauf dringen, daß darin in menschlicher, nicht in tartarischer Weise gewaltet werde.

Nachrichten aus Berlin sagen, daß die preussische Regierung ihrerseits behaupte, von Rußland zu einem Bündnisse aufgefordert worden zu sein. Ferner wird in preussischen Regierungskreisen behauptet, Herr v. Bismarck habe die Forderung Englands, Kenntniß von der Konvention zu nehmen, mit Indignation zurückgewiesen; thatsächlich sollen dem Kabinet von St. James Erklärungen gegeben worden sein. Dieses jedoch behauptet, es wären noch ganz andere weiter tragende Dinge stipulirt worden und ist deshalb mit Preußens Auskunst nicht zufriedengestellt.

Aus dem Landtage.

Laibach, 16. März.

Heute endlich begann die Berathung des wichtigsten Gesetzes, welches dem Landtage vorliegt, des Gemeindegesetzes und des Gemeindegewahlgesetzes. Der Ausschuss hat 31 Sitzungen gebraucht um sein Elaborat in drei Lesungen festzustellen. Er hat sich dabei von zwei Gedanken leiten lassen: der Gemeinde die nöthige Autonomie zu wahren, „um in einem freien Staate selbst frei zu sein“ und dabei doch als Glied des Staates, dessen Ordnung sie anerkennen muß, zu erscheinen; und die Bildung von größeren Gemeinden zu ermöglichen. Er glaubt hierbei die Grenzen des Gesetzes vom 5. März 1862, welches die Grundzüge des Gemeindegesetzes für das ganze Reich enthält, nicht überschritten zu haben. Wir glauben das auch; denn nach flüchtigem Vergleich des Ausschusselaborates mit der Regierungsvorlage haben wir gefunden, daß die Abänderungen sich alle innerhalb der vom obigen Gesetze gezogenen Linien halten und viele derselben sich nur auf die Stylisirung und Textirung beschränken.

Die ersten 12 Paragraphen sind ohne besonders bedeutungsvolle Diskussion angenommen worden; erst bei §. 13 entspann sich eine lebhafte Debatte. Der §. 13 ist auch wichtig genug, denn er berührt ein Prinzip; nämlich, die mögliche Bildung von sogenannten Hauptgemeinden, aus mehreren Untergemeinden. Hier gilt es also die Rechte dieser Untergemeinden zu wahren, damit die kleineren Gemeinden nicht von größeren unterdrückt werden. Es müssen darum Bestimmungen über die Zusammenfassung und über die Wahl der Vertretung aufgenommen werden. Nun ist der Text des Paragraphen in der Fassung des Ausschussantrages etwas sehr komplizirt und, wie Abg. Kromer bemerkte, unklar. Viel klarer aber sind die Abänderungen, die Kromer wünscht, eben auch nicht. Wir glauben, das kommt daher, daß Bestimmungen über den Wahlmodus eingeflochten sind, welche eher in die Wahlordnung gehören, und daß man besser gethan hätte hier nur die Zusammenfassung der Vertretungen für solche Gemeinden, welche sich aus mehreren Untergemeinden bilden, zu normiren. Eine strenge Aussonderung dessen, was in die Wahlordnung gehört, würde den Paragraph kürzer, verständlicher und für die slovenische Uebersetzung geeigneter machen.

Die mögliche Bildung größerer Gemeinden hat den Ausschuss auch veranlaßt, jene Bestimmung des §. 2 der Regierungsvorlage auszulassen, nach welcher

die sich vereinigenden Ortsgemeinden einem politischen Bezirke angehören sollen. In der That ist es besser und leichter Gemeinden in einen politischen Bezirk aufzunehmen, als die Gleichartigkeit der Interessen mehrerer Gemeinden durch die Bezirkseinteilung zu zerreißen. Eine Gefahr sehen wir in dieser Abänderung der Regierungsvorlage nicht; denn der politischen Behörde ist es ja, wie §. 2 weiter bestimmt, jederzeit gestattet gegen jede unzumuthige Gruppierung Einsprache zu erheben.

27. Sitzung

des krainischen Landtages

am 16. März.

Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt worden, theilt der Herr Landeshauptmann dem Hause mit, daß er dem Abg. Sedl einen dreitägigen Urlaub ertheilt habe; ferner, daß er vom Abg. Suppan eine Zuschrift erhalten, in welcher dieser seine Stelle als Mitglied des Landesausschusses niederlege. Der Herr Landeshauptmann äußert sein aufrichtiges Bedauern darüber und bemerkt, daß er eine Neuwahl nächstens auf die Tagesordnung setzen werde.

Se. Excellenz der Herr Statthalter Freiherr v. Schloßnigg theilt mit, daß ein Erlaß des k. k. Ministeriums bezüglich der Aufhebung der Brodsatzung erfolgt sei, und daß die Regierung nun das Weitere anordnen werde.

Man schreitet nun zur Tagesordnung. Auf derselben steht das Gemeindegesetz.

Abg. v. Apfalter betont zuerst die Wichtigkeit des Gegenstandes. Das Haus stehe im Begriff ein Gesetz zu votiren, das auf Jahre hin das Wohl des Landes bedinge, das bestimmt sei sowohl die Rechte des Staates als auch die der Gemeinden und des Individuums zu sichern. Die Berathung und Votirung dieses wichtigsten Gesetzes werde ein Probirstein für den Landtag sein. Er sei der Ueberzeugung, daß alle Abgeordneten von dem Wunsche beseelt seien, ein Gesetz zu schaffen, das allen gerechten Anforderungen genüge. Damit es gelinge, möge Gott seinen Segen geben; das Haus möge nach bestem Wissen und Erkennen frei von allen egoistischen Bestrebungen dabei verfahren, es möge das Elaborat des Ausschusses strenge prüfen, tadeln und ändern was zu tadeln und zu ändern sei. Der Ausschuss habe sich bemüht, die Gemeinde mit jenem Grade der Selbstbestimmung auszustatten, dessen sie bedarf, um im freien Staate selbst frei zu sein, dabei jedoch als ein Glied des geordneten Staates zu erscheinen; und zu ermöglichen, daß sich jene Hauptgemeinden wieder bilden können, die beim Volke noch in gutem Andenken stehen. Ferner habe sich der Ausschuss bestrebt das Gesetz den Anschauungen, Sitten und Gewohnheiten des Volkes sowie den kommunalinteressen gerecht zu werden. Der Ausschuss beantragt, der Landtag wolle beschließen: der abgeänderte Gesetzentwurf der Gemeindeordnung und der Gemeindegewahlordnung werde sammt dem bezüglichlichen Einführungsgeetze angenommen; 2. für die Redaktion des slovenischen Textes derselben werde ein aus 5 Mitgliedern bestehender neuwählender Ausschuss eingesetzt.

Präsident eröffnet die Generaldebatte, und, da sich kein Redner meldet, die Spezialdebatte.

Abg. v. Apfalter liest das Einführungsge-
setz und beantragt, die Abstimmung sei nach Schluß der Debatte vorzunehmen.

Wird angenommen.

Gemeindeordnung für das Herzogthum Krain.

Erstes Hauptstück.

Von der Ortsgemeinde überhaupt.

§. 1. Die dermaligen Ortsgemeinden haben als

solche fortzubestehen, so lange nicht auf Grundlage dieser Gemeinde-Ordnung eine Aenderung eintritt.

Wird nebst dem Titel ohne Debatte angenommen.

§. 2. Zwei oder mehrere Ortsgemeinden können sich, wenn die politische Landesstelle aus öffentlichen Rücksichten dagegen keine Einwendung erhebt, mit Bewilligung des Landesauschusses nach vorausgegangenem Uebereinkommen über den Besitz und Genuß ihres Eigenthums, ihrer Anstalten und Fonde in eine Ortsgemeinde vereinigen, so daß sie als eigene Ortsgemeinden zu bestehen aufhören.

Eine solche Vereinigung von Gemeinden darf wider deren Willen nicht stattfinden.

Se. Erz. der Herr Statthalter befürwortet den Wortlaut des Paragraphes der Regierungsvorlage, der also beginnt: Zwei oder mehrere Ortsgemeinden desselben politischen Bezirkes etc.

Abg. v. Apfalter begründet, weshalb der Ausschuss die Worte „desselben politischen Bezirkes“ ausgelassen habe.

Paragraph 2 wird in der Textirung des Ausschusses angenommen.

§. 3. Gemeinden, welche in Folge des Gesetzes vom 17. März 1849 mit anderen in eine Gemeinde vereinigt wurden, können über deren Ansuchen durch das Landesgesetz wieder getrennt und abgesondert zu Ortsgemeinden konstituiert werden, wenn jede dieser auseinander zu legenden Gemeinden für sich die Mittel zur Erfüllung der ihr aus dem übertragenen Wirkungskreise (§. 29) erwachsenen Verpflichtungen besitzt, oder durch Zusammenlegung mit einer anderen Gemeinde erlangt.

Unter denselben Bedingungen kann eine Ortsgemeinde auch außer dem erwähnten Falle durch ein Landesgesetz in zwei oder mehrere Ortsgemeinden aufgelöst oder mit solchen vereinigt werden.

Bei einer solchen Auseinander- oder Zusammenlegung ist thunlichst die Abgränzung nach Pfarrensprengeln zu berücksichtigen.

Einer jeden Trennung muß jedoch eine vollständige Auseinandersetzung des gemeinschaftlichen Vermögens und Gutes und der gemeinschaftlichen Lasten vorhergehen.

Abg. Kromer beantragt zu Alinea 2 statt der Worte „auch außer dem erwähnten Falle“ folgende Worte aufzunehmen: „welche mit andern bisher nicht vereinigt war.“

Der §. 3 wird mit Kromer's Abänderung angenommen.

§. 4. Zu Aenderungen in den Grenzen einer Ortsgemeinde, wodurch diese als solche zu bestehen nicht aufhört, ist nebst der Erklärung der politischen Landesstelle, daß dagegen aus öffentlichen Rücksichten kein Anstand obwaltet, die Bewilligung des Landes-Ausschusses erforderlich.

§. 5. Jede Liegenschaft muß zum Verbaude einer Ortsgemeinde gehören. Ausgenommen hiervon sind die zur Wohnung oder zum vorübergehenden Aufenthalte des Kaisers und des Allerhöchsten Hofes bestimmten Residenzen und Schlösser und andere Gebäude, nebst den dazu gehörigen Gärten und Parkanlagen.

Beide §§. werden ohne Debatte angenommen.

Zweites Hauptstück.

Von den Gemeindegliedern.

§. 6. Die Gemeindeglieder sind entweder:
a) Gemeindeangehörige, das sind diejenigen Personen, welche in der Gemeinde heimatberechtigt sind, oder

b) Gemeindegewohnen, das sind jene, welche, ohne in der Gemeinde heimatberechtigt zu sein, im Gebiete derselben entweder einen Haus- oder Grundbesitz haben, oder von einem in der Gemeinde selbstständig betriebenen Gewerbe oder Erwerbe eine direkte Steuer entrichten.

Alle übrigen Personen in der Gemeinde werden Auswärtige genannt.

Abg. Mülley beantragt statt Alinea 1—3 den Wortlaut des bezüglichen §. aus dem Gemeindegesetz von 1852 aufzunehmen.

Wird nicht unterstützt.

Abg. v. Apfalter rechtfertigt die Fassung des Ausschussesantrages.

§. 6 wird angenommen.

§. 7. Jeder österreichische Staatsbürger soll in einer Gemeinde heimatberechtigt sein.

Die Heimatsverhältnisse werden durch ein besonderes Reichsgesetz bestimmt. Bis zur Erlassung eines solchen Gesetzes verbleiben die gegenwärtig bestehenden Heimatsvorschriften aufrecht.

Wird ohne Debatte angenommen.

§. 8. In Städten und Märkten werden diejenigen Gemeindeangehörigen, welche bisher das Bürgerrecht durch Verleihung der Gemeinde erhalten haben, oder es in der Folge in gleicher Weise erwerben, Bürger genannt. Für die Verleihung des Bürgerrechtes kann die Gemeinde eine Gebühr abnehmen.

Jede Gemeinde kann österreichischen Staatsbürgern das Ehrenbürgerrecht verleihen.

Abg. Kromer beantragt, Alinea 2 solle lauten: „Die Stadt- und Marktgemeinden können österreichische Staatsbürger zu Ehrenbürgern, die Landgemeinden können dieselben zu Ehrenmitgliedern ernennen.“

Se. Excellenz der Herr Statthalter macht darauf aufmerksam, daß derlei Ernennungen leicht bei den Wahlen mißbraucht werden könnten.

Abg. v. Apfalter begründet Alinea 1 und stellt zu Alinea 2 auch einen Abänderungsantrag, der, wie ein anderer vom Abg. Mülley gestellter, abgelehnt wird.

§. 8 wird mit der vom Abg. Kromer beantragten Abänderung angenommen.

§. 9. Die Gemeindeglieder haben das Recht des ungehinderten Aufenthaltes in der Gemeinde. Sie nehmen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes an den Rechten und Vortheilen, wie an den Pflichten und Lasten der Gemeinde Theil.

Die Gemeindeangehörigen haben überdies den Anspruch auf Armenversorgung nach Maßgabe ihrer Bedürftigkeit.

Den Bürgern bleibt der Anspruch auf die für sie besonders bestehenden Stiftungen und Anstalten vorbehalten.

Die Ehrenbürger und Ehrenmitglieder haben die Rechte der Gemeindegewohnen, ohne die Verpflichtungen derselben zu theilen.

Wird ohne Debatte angenommen.

§. 10. Die Gemeinde darf Auswärtigen, welche sich über ihre Heimatberechtigung ausweisen, oder wenigstens darthun, daß sie zur Erlangung eines solchen Nachweises die erforderlichen Schritte gemacht haben, den Aufenthalt in ihrem Gebiete nicht verweigern, so lange dieselben mit ihren Angehörigen einen unbescholtenen Lebenswandel führen, und der öffentlichen Mithätigkeit nicht zur Last fallen.

Führt sich ein Auswärtiger, welchem zur Beibringung dieses Nachweises von der Gemeinde ein angemessener Termin gestellt werden kann, durch eine Verfüßung derselben gedrückt, so kann er sich um Abhilfe an die politische Bezirksbehörde wenden.

Wird nach kurzer Debatte angenommen.

§. 11. Die privatrechtlichen Verhältnisse überhaupt, und insbesondere die Eigenthums- und Nutzungsrechte ganzer Klassen oder einzelner Glieder der Gemeinde, bleiben ungeändert.

Wird ohne Debatte angenommen.

Drittes Hauptstück.

Von der Gemeindevertretung.

§. 12. Die Gemeinde wird in ihren Angelegenheiten durch einen Gemeindeauschuss und einen Gemeindevorstand vertreten.

Wird ohne Debatte angenommen.

§. 13. Der Gemeindeauschuss besteht in Gemeinden mit weniger als 100 wahlberechtigten Gemeindegliedern aus 9 oder 8 Mitgliedern, je nachdem drei oder zwei Wahlkörper gebildet werden, in Gemeinden

| | |
|---|--------|
| mit 100 — 300 wahlber. Gemeindegliedern | aus 12 |
| „ 301 — 600 „ „ „ | 18 |
| „ 601 — 1000 „ „ „ | 24 und |
| „ mehr als 1000 „ „ „ | 30 |

Mitgliedern.
Dieser Ausschuss wird in Gemeinden, welche zwei oder mehrere bis zum Jahre 50 bestandene Untergemeinden in sich fassen oder künftig umfassen werden, derart zusammengesetzt, daß zunächst sämtliche wahlberechtigte jeder dieser ehemaligen Untergemeinden je ein Mitglied in den Ausschuss wählen.

Die so Gewählten werden in die obige Anzahl der Ausschussmitglieder eingerechnet.

Die auf die Gesamtzahl sohin noch fehlenden sind von sämtlichen Wählern der Gemeinde nach Wahlkörpern in den Ausschuss zu berufen. Ihre Zahl muß nöthigen Falles auf die Hälfte der Vorigen und auf eine, durch die Zahl der Wahlkörper theilbare Zahl ergänzt werden.

Zur Vertretung veränderter oder abgängiger Ausschussmitglieder haben in jeder Gemeinde Ersatzmänner zu bestehen. Jede der erwähnten Untergemeinden wählt einen Ersatzmann. Beträgt die Zahl derselben nicht die Hälfte sämtlicher Ausschussmitglieder, so ist der Rest — falls aber die Gemeinde aus keinen derartigen Unterabtheilungen besteht, die Gesamtzahl der Ersatzmänner — von sämtlichen Wählern der Gemeinde zu wählen, und wenn die Anzahl der so zu wählenden Ersatzmänner durch die Zahl der Wahlkörper nicht theilbar wäre, auf die nächste hieby durch theilbare Zahl zu erhöhen.

Abg. v. Apfalter macht vererst einige erklärende Bemerkungen, und hebt besonders hervor, daß dieser §. mit Hinsicht auf die mögliche Bildung größerer, aus mehreren Untergemeinden bestehender Hauptgemeinden verfaßt worden sei.

Es entsteht nun eine längere Debatte.

Abg. Kromer stellt zu Alinea 2, 3 und 4 Abänderungsanträge, die den §. klarer machen sollen; Abg. Mülley befürwortet die Regierungsvorlage; Abg. Suppan stellt ebenfalls einen Abänderungsantrag. Der Berichterstatter verteidigt den Ausschussantrag, er sei vollkommen klar.

Abg. Deschmann beantragt, die gestellten Abänderungsanträge sollten an den Ausschuss gewiesen werden, und derselbe sollte mit Berücksichtigung derselben den §. 13 anders stylisiren.

Dieser Antrag wird angenommen.

§. 14. In jenen Fällen, in welchen eine früher bestandene Untergemeinde auf Grund des Gemeinde-Gesetzes vom 17. März 1849 in zwei oder mehrere selbstständige Ortsgemeinden getheilt worden ist, tritt jede solche Ortsgemeinde in die, im vorigen Paragraphen und in diesem Gesetze überhaupt den ehemaligen Untergemeinden besonders gewährten Rechte ein.

§. 15. Der Gemeindevorstand besteht aus dem Gemeindevorsteher und aus mindestens zwei Gemeinderäthen.

Wo es die Geschäfte und Verhältnisse nothwendig machen, kann der Ausschuss die Zahl der Gemeinderäthe entsprechen erhöhen. Es darf jedoch diese Zahl den dritten Theil der Ausschussmitglieder nicht überschreiten.

Die Mitglieder des Gemeindevorstandes gehören auch dem Ausschuss an, und es ist deren Anzahl in jener der Ausschussmitglieder begriffen.

§. 16. Die Ausschuss- und Ersatzmänner werden von den Wahlberechtigten in der Gemeinde im Sinne der §§ 13 und 14 gewählt.

Die näheren Bestimmungen über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit, dann über das Wahlverfahren enthält die Gemeinde-Wahlordnung.

Werden angenommen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Nächste Sitzung: morgen. — Tagesordnung: Fortsetzung der Spezialdebatte.

Korrespondenzen.

Wien, 15. März.

„b. Man müßte blind sein, wenn man den Einfluß verkennen wollte, welchen die öffentliche Meinung, wie sie in den Journalen sich ausdrückt, auf das Volk nimmt, das seine politische Bildung beinahe nur aus den Journalen erhält.“ Diese Stelle aus der Rede des Herrn Staatsanwaltes in dem bekannten Preßprozeß gegen „Ost und West“ ist es, gegen welche heute ein hiesiges, entschieden föderalistisches Blatt polemisirt. Natürlich wird dieser Einfluß in zweifelhafter Bescheidenheit in Abrede gestellt oder sehr naiv wenigstens auf ein Minimum reduziert. Und doch hat der Herr Staatsanwalt wahrlich denselben nicht übertrieben. Im Gegentheil. Es scheint beinahe, als wenn dieser Einfluß nicht nur von Journalen auf das Volk, sondern auch von Journalen auf Journale geübt würde. So fand erst unlängst die Umwandlung des k. k. Bureau für administrative Statistik in eine k. k. statistische Zentralkommission, in einigen hiesigen Journalen eine freundliche Berücksichtigung. Das verdroß Journale von angeblich vorgeschrittener Richtung. Sie brandmarkten diese freundliche Berücksichtigung als eine publizistische Reminiscenz aus der Blüthezeit des Bach'schen Regimes, und siehe da, es scheint, der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten. Ein „Museum für Kunst und Industrie“, vor Jahren von Seite der Handels- und Gewerbekammer angeregt, von der Publizistik damals lebhaft befürwortet, wird errichtet und mit wahrhaft kaiserlicher Munizenz bedacht. Doch die meisten unserer Journale gehen über diese neue Institution nahezu mit Stillschweigen hinweg. Eine trockene Reproduktion des kaiserlichen Handschreibens ist Alles was sie hierüber bringen. Bei der thatsächlichen und unverkennbaren Befriedigung, welche dieses allerhöchste Handschreiben allgemein hervorrief, und welcher der Gemeinderath öffentlich und einstimmig Ausdruck ließ, hat dieser Vorgang allenthalben merklich verstimmt, und man erklärt sich denselben ganz ungezwungen aus jenem oben bezeichneten Einfluß der Journale auf die Journale, das will sagen, aus der Besorgniß vor dem Verdachte, eine publizistische Reminiscenz aus der Blüthezeit des Bach'schen Regimes rehabilitirt zu haben.

Glücklicherweise blieb, wie ich höre, dieser Vorgang auf die Sache selbst ohne Einfluß. Die zur Organisirung des neuen Institutes berufenen Männer haben bereits die Liste jener entworfen, von deren Unterstützung sie eine ergiebige Förderung der Lösung ihrer schwierigen Aufgabe hoffen. Männer aus den industriellen Kreisen werden berufen werden, die allenthalben, momentanen Anforderungen ihrer Klienten zu präzisiren, Aufstößen der verschiedenen kais. Schlösser, Anstalten und Sammlungen werden die vorhandenen Schätze namhaft zu machen haben. Man hofft noch in diesem Frühjahr das Institut organisiert und der Öffentlichkeit übergeben zu sehen.

Aus Anlaß der plötzlich eingetretenen Hoftrauer ist die Generalprobe für das zum Besten der brotlosen Arbeiter arrangirte Caroussel auf morgen verschoben worden. Die Tage der Aufführung bleiben die ursprünglich bestimmten. Ein großer Theil des hohen Adels, so wie viele in den Kronländern stationirte Offiziere sind bereits gestern hier eingetroffen, um dem glänzenden Schauspiele beizuwohnen.

Die heuer, wie alljährlich, zu Gunsten der Armen Wiens mit der Fasching-Dinastie-Redoute verbundene Lotterie soll dieses Jahr leider einen bedauernden Ausfall ausgewiesen haben. Man sagt, derselbe belaufe sich auf 60.000 fl. Eine einzige sehr bekannte Firma soll um 60.000 Lose weniger abgesetzt haben. Als Grund dieser bedauerlichen Erscheinung wird von den Ginen der allzu kurze Fasching, von Anderen die Ueberfüllung mit derartigen Lotterielosen und Promessen angegeben. Doch darf hierbei nicht übersehen werden, daß in eben diesem Moment die sehr ergiebigen Sammlungen für die brotlosen Weber fielen.

Wien, 15. März.

-d. Die heute von der als offiziös geltenden „General-Korrespondenz“ gemachte Mittheilung, daß der galizische Landtag im Verlaufe dieser Session kaum mehr zusammentreten dürfte, konnte nach den neuesten Nachrichten über die Vorgänge in Polen wohl nicht mehr überraschen. Eine wahre Verurteilung schloßte man hier aber allgemein aus dem zweiten Theile dieser Mittheilung, wonach die Unerläßlichkeit dieser Maßregel allseitig, insbesondere auch von den zunächst Theilhabenden offen anerkannt wird. Es ist ein unlängbarer Fortschritt in der politischen Bildung, wenn die Völker sich erst einmal von jenem, zum Wenigsten ganz unfruchtbaren Kosmopolitismus losgerungen und sich daran gewöhnt haben, bei allen auftauchenden Ereignissen die gegebenen Verhältnisse und deren Beziehungen zum eigenen Lande stets im Auge zu behalten. Wohin jener Kosmopolitismus führt, das hat Oesterreich vor mehr als einem Decennium zu seinem eigenen Schaden genügend erfahren. An dem so viel gerühmten und so viel beneideten England aber konnte man lernen, welche Erfolge bei einer ruhigen und schwindelfreien Anschauung der Dinge, deren Basis die eigenen Interessen sind, erreicht werden können. Der polnischen Insurrektion gegenüber hat sich gezeigt, daß Oesterreich diesen Fortschritt in der That gemacht hat. Trotz aller rein humanistischen Sympathien für dieses Land hielt man sich von jenem vagen Kosmopolitismus fern. Die Haltung der österreichischen Regierung in dieser Angelegenheit, so wie die von derselben ergriffenen Maßregeln fanden allseitig die lauteste Anerkennung, eine Anerkennung, die selbst vom Auslande getheilt wurde.

Wenn man in dieser Beziehung eine Besorgniß hegte, so war es die, ob auch die unmittelbar Theilhabenden von der Unerläßlichkeit dieser Maßregeln überzeugt seien, und ob dieser Mangel an Ueberzeugung nicht auf die Stellung derselben der Gesamtheit gegenüber von üblem Einfluß sein würde. Ich brauche wohl gar nicht erst zu sagen, daß man hierbei in erster Linie an den im Mai wieder zu berufenden Reichsrath dachte. Denn so viel auch die Stellung der Polen in der ersten Session desselben zu wünschen übrig lassen mochte, im Wegbleiben der polnischen Mitglieder von demselben würde nichtsdestoweniger peinlich empfunden worden sein. Dieser Besorgniß nun fühlte man sich durch die obige Erklärung der „General-Korrespondenz“ entledigt. Ja, noch mehr, man hegt die gegründete Hoffnung, daß die auf demselben anwesenden polnischen Mitglieder Alles vermeiden werden, wodurch den wohlmeinenden Intentionen der Regierung, wenn auch nur unwillkürlich neue Schwierigkeiten bereitet werden könnten. Und konsequenter Weise erscheint diese Hoffnung als eine wohl begründete. Mit welchen Schwierigkeiten aber die Regierung ohnedies bereits zu kämpfen habe, beweist ein Blick auf die jüngsten Nachrichten aus den diplomatischen Kreisen.

Oesterreich.

Wien, 14. März. Dem Pesther Lloyd wird von hier geschrieben: Ich beileide mich, Ihnen heute aus verlässlicher Quelle die Mittheilung zu machen, daß man demnächst einer Entscheidung in der ungarischen Verfassungs-Angelegenheit entgegensteht; in einer der nächsten Ministerrathssitzungen wird die Beschlussfassung erfolgen. Es handelt sich um die Einberufung des ungarischen Landtages. Bezüglich des siebenbürgischen Landtages höre ich, daß man bis 15. April der Einberufungsordre entgegensteht und der Landtag auf die letzten Tage des Mai einberufen werden soll. Ein Akt, welchem man vor dem Zusammenritte jedenfalls entgegensteht, ist die Wahl des sächsischen Nationalparlamentes. Die Komitats-, Distrikts- und Stuhlweihen in Siebenbürgen werden nach Wahl-

freien stattfinden. Bei der Bestimmung der Wahlkreise wird auf die Komitatsgrenzen Rücksicht genommen und jedenfalls nicht Theile verschiedener Komitate zu einem Wahlkreise zusammengelegt, vielmehr jedes Komitat mit mehr als 60.000 und von wenigstens 90.000 Seelen für sich in Wahlkreise getheilt. Die übrigen Komitate behalten eben die frühere Anzahl ihrer Vertreter.

Wien. Die Municipal-Kongregation in Venedig hat an die Regierung die Bitte gestellt, daß die bisher bestehende Unterordnung der Stadt Venedig unter das Delegatennamt und die Provinzial-Kongregation der Provinz Venedig aufgehoben und diese Landes-Hauptstadt der k. k. Statthalterei und der Landesvertretung unmittelbar untergeordnet werde. Wie die „G. C.“ schreibt, soll über dieses Einschreiten des Municipiums von Venedig — unabhängig von der obstehenden Revision des Gemeindegesetzes für das lombardisch-venetianische Königreich — dem Venediger Gemeinderathe und in weiterer Instanz dem lombardisch-venetianischen Zentral-Kongregation von der Regierung demnächst die Frage zur Begutachtung vorgelegt werden: „ob und welches besondere Municipal-Statut der Stadt Venedig gewährt werden könnte, um den eigenthümlichen Verhältnissen dieser altehrwürdigen Inselstadt am besten zu entsprechen und ihr die unter der venetianischen Republik innegehabte autonome, von den Provinzen des festen Landes ganz gesonderte Municipalstellung wieder einzuräumen.“

Amerika.

New-York, 28. Februar. Die Konföderirten haben Savannah und Charleston besetzt. Fast alle Bewohner von Charleston verlassen mit ihren Habseeligkeiten die Stadt, welche man im Falle der Einnahme einäschern will.

Tagesbericht.

Vorigen Sonntag starb hier der hochwürdige P. Kallist, Provinzial des Franziskanerordens.

— Dem heute unserem Blatte beiliegenden Bericht der k. k. priv. innerösterreich. wechselseitigen Brandschaden-Versicherungs-Anstalt für 1862 entnehmen wir, daß von dieser Anstalt für Abbrändler in Kram die Summe von 49.840 fl. liquidirt worden ist.

— Vor einigen Tagen ist in der Ischascaschlucht, am Fuße des Krinberges, ein großer Wolf geschossen und hierher gebracht worden.

Wien, 15. März.

Nach einer telegraphischen Nachricht aus Lacroma (Ragusa) vom 13. d. M. sind Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ferdinand Max am 12. d. M. dort an den Mäsefieber erkrankt; doch war die Krankheit in gelinder Form aufgetreten und ist daher zu hoffen, daß dieselbe weiter einen günstigen Verlauf nehmen werde.

— Die „G. C.“ schreibt: „Wie verschieden die Reise des k. Botschafters Fürsten Metternich nach Wien in den Pariser Kreisen gedeutet wird, hierfür liefern die neuesten Pariser Blätter den schlagendsten Beweis. Während nach dem „Pays“ die Reise des Fürsten Metternich keinen andern Grund haben soll, als daß der Fürst sich an dem Carroussel betheiligen will, das (nach „Pays“) zur Feier des Jahrestages der Einsegnung des neuen Reichstages abgehalten wird, meldet die „Patrie“ gleichzeitig, daß die Abreise des Fürsten auf der Börse große Sensation hervorgerufen habe. Unseren Lesern ist aber bereits bekannt, daß Fürst Metternich nicht aus dem Grunde nach Wien gekommen ist, um an dem zur Unterstützung der nothleidenden Weber veranstalteten Carroussel Theil zu nehmen, sondern um der kaiserl. Regierung über den Stand der Dinge in Paris persönlich Bericht zu erstatten und die weiteren Instruktionen entgegenzunehmen.“

Laibach, 17. März.

Nach gestrigen Berichten aus Lacroma nimmt die Krankheit des Herrn Erzherzogs Ferdinand Maximilian fortwährend einen günstigen Verlauf und sind weitere Folgen nicht zu besorgen.

— Se. Durchlaucht der regierende Fürst Johann zu Liechtenstein hat dem zu gründenden „Oesterreichischen Museum für Kunst und Industrie“ seine lebhafteste Theilnahme zu erkennen gegeben und bereits den Auftrag ertheilt, daß aus seinen Sammlungen sowohl in Wien als in den fürstlichen Schlössern diejenigen Gegenstände ausgewählt werden, welche für die Zwecke dieses Institutes passend erscheinen.

— Der k. k. österreichische Botschafter Fürst Metternich wird 10 bis 12 Tage in Wien verbleiben und sodann wieder nach Paris zurückkehren. Derselbe hatte gestern wieder eine Besprechung im Ministerium des Aeußeren.

— Der Militär-Bevollmächtigte bei der hiesigen preussischen Gesandtschaft, Herr Major v. Salsnitz, wurde abberufen. In diplomatischen Kreisen will man

diesem Akte eine politische Bedeutung beilegen; man betrachtet sie gewissermaßen als den Schatten der kommenden großen Ereignisse.

Aus den Landtagen.

Pinz, 13. März. Nach dreistündiger lebhafter Debatte anerkannte der Landtag, daß der von dem bestandenem vereinigten Landes-Kollegium im Jahre 1855 gefaßte Beschluß, womit dem hiesigen Dombauvereine 30.000 fl. zur Erbauung des Maria Empfangniß-Domes zugesprochen wurden, altgiltig, rechtskräftig und bindend für die Landesvertretung sei, daher der noch rückständige Betrag in den bestimmten Fristen an den Dombauverein zu bezahlen ist.

Jansbrück, 11. März. In der heutigen, geheimen Sitzung wurde die Besetzung der landschaftlichen Aemter vorgenommen. In der darauf folgenden öffentlichen Sitzung: Verhandlung über den offengelassenen §. 7 (S. 6 der Regierungsvorlage) der Gemeindeordnung nach dem Comité-Entwurfe, nämlich über die Gemeindeglieder und ihre Rechte, sowie über die mit diesem Paragraphen im Zusammenhange stehenden §§. 8, 9, 10, 11 und 12 des Comité-Entwurfes der Gemeinde-Ordnung und §. 1 der Wahlordnung. Gemeindeglieder werden den Gemeindegliedern nicht beigezählt, haben kein Wahlrecht und können von der Gemeinde ausgewiesen werden.

Die Nachricht, daß die bisher nicht erschienenen 12 Abgeordneten aus Welschtirol in den Landtag kommen werden, ist unrichtig, dieselben werden nicht im Landtag erscheinen.

Prag, 11. März. Eine Regierungsvorlage: der Entwurf des Gesetzes über die Kontributionsfonds wurde eingebracht. Das Statut der Landeshypothekenbank und die Durchführungsvorschrift wurden in dritter Lesung angenommen. Am Schlusse eine vertrauliche Sitzung. Nächste Sitzung Freitag.

Prag, 13. März. Unter dem Einlaß: Antrag Auk und 75 Genossen auf Erlassung einer Kultusordnung für die Israeliten Böhmens. Das Gesuch der Stadt Karlsbad um Gewährung eines Darlehens von 360.000 fl. wird abgelehnt, auf Antrag des Landesauschusses die Annahme eines Anlehens von 250.000 fl. bewilligt. Ueber den vom Landesauschusse vorgelegten Organisationsplan des polytechnischen Institutes wurde die Spezialdebatte eröffnet und §. 1 bis 9 nach Antrag des Landesauschusses angenommen. Morgen Sitzung.

Brünn, 11. März. Der Voranschlag des Grundentlastungsfondes wurde nach den Anträgen des Finanzausschusses angenommen. Die Anträge desselben Ausschusses betreffend die Einführung des Solargjahres als Rechnungsjahr wurden ebenfalls angenommen und der Landesauschuß mit den dießfälligen Vorbereitungs-Verfügungen beauftragt.

Der Bericht des Finanzausschusses betreffend die Franzens- und Karolinen-Stiftung, wurde zur Modifizierung der Anträge an den Ausschuß zurückgewiesen; schließlich kollaudirt der Landtag mehrere Verfügungen des Landesauschusses in Gemeinde-Angelegenheiten.

Brünn, 13. März. Der Landtag bewilligt der Ackerbaugesellschaft eine Subvention. Ueber Gelechts Antrag wegen Uebernahme der Technik als Landesanstalt wird zur Tagesordnung übergegangen. Der Landtag kollaudirt mehrere Verfügungen des Landesauschusses in Gemeindeangelegenheiten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Krafsau, 14. März. (Abends) Reisende erzählen, daß gestern Vormittags ein Borpostengefecht zwischen Insurgenten und Kosaken unweit Mieschowitz stattfand, und ein Theil des Langiewicz'schen Korps sich thatsächlich gegen Opatowice gewendet habe. Russen sind aus Gzenstochau und Strzemieszyce gegen Olszuz abgerückt. Die Warschauer Bahn ist neuerdings mehrfach beschädigt und die Kommunikation gestört.

Krafsau, 15. März. Vorgestern Früh hat bei Szczebanowice ein kleines Borpostengefecht stattgefunden; neun Russen, darunter ein Offizier, sind geblieben, und fünf verwundet. Die Insurgenten hatten einen Todten und zwei Verwundete.

Stockholm, 14. März. Freiherr Stael von Holstein hat heute im Reichstage den Antrag gestellt, die Regierung möge für Polen wirksam auftreten.

Bukarest, 14. März. Abends. Der Präsident des Cabinets verlas in der heutigen Kammer Sitzung eine Botschaft, welche die Arbeiten und die Haltung der Versammlung kritisiert, und die letztere anfragt, daß sie das Budget nicht vollzieht, und durch ihren letzten Beschluß, welcher die Erhebung nichtvollzogener Auflagen untersagt, sogar Insubordination provoziert habe. Schließlich erklärt die Botschaft die ordentliche Session für geschlossen. Die Regierung und die Kammer befinden sich demnach ohne vollzogenes Budget.

Das zweite Bankett der juristischen Gesellschaft.

Ein würdiges Corollar zu der gelungenen Festtafel am 16. Jänner 1862, deren Erinnerung gewiß jeder der Teilnehmer mit besonderer Vorliebe stets frisch in seinem Sinn erhalten wird, bildete das zweite juristische Bankett in den Räumen des hiesigen Bahnhofes, welches einen entsprechenden Schlußstein zu der unmittelbar vorausgegangenen General-Versammlung bildete, deren harmonischer, geistig anregender, angenehm geselliger Typus auch in dem Tafelfeste sein getreues Spiegelbild fand.

Gegenüber dem vorjährigen Bankett hatte dieses den Vortheil zahlreicherer Theilnahme und freierer Bewegung in größeren Räumlichkeiten voraus, während die materielle Seite die ebenbürtige Rivalin zu den analogen vorjährigen Leistungen bildete.

Der untrüglichste Maßstab der in solchen Tischkreisen herrschenden Geselligkeit, des Heiterkeitsgrades und der geistigen Dynamik pflegen gewöhnlich nur die Toaste zu sein. — Nach diesem Maßstabe gemessen, erwies sich dieses Bankett als ein Gipfelpunkt von Heiterkeit, Wit und geistvollen Reden. Der in der General-Versammlung neu gewählte Präsident der juristischen Gesellschaft, Herr Landesgerichtsrath v. Strahl, ergriff in schwungvoller warmer Ausdrucksweise die Initiative und inaugurierte als Vorsitzender auf das Gelingenste seine Funktion durch die Wahl eines würdigen, erhebenden Toaststoffes. Seine Rede lautet, wie folgt:

„Meine Herren! Wir feiern heute das zweite „Fest des juristischen Vereines. Wenn wir der Zeit „gedenken, in welcher der finstere Geist des Polizeistaates wie ein Alp auf jedem Vereinsleben gelastet „hat, so können wir uns nur Glück wünschen, daß „wir heute uns ungehindert in der freien Luft der „geregelten Freiheit bewegen dürfen. Wir Juristen „wurzeln mit allen unseren Fiebern und Denken im „unerschütterlichen Boden des Rechts und der Ordnung. Wer einmal zu dieser Fahne geschworen, bleibt „ihre treu sein Leben lang, und so bleiben wir auch „mit gleicher unwandelbarer Treue ergeben dem „Monarchen, der es aus freiem Entschlusse vor- „gezogen hat, seine Regierung, statt auf die unmittelbare Grundlage des absolutistischen Herrscherswillens, „auf den festen Boden des Rechtes zu stellen. „Ich bin überzeugt, meine Herren, daß ich dem Feste „seine wahre Weihe und Bedeutung heute dadurch „gebe, daß ich ausspreche: „Ein begeistertes „Hoch unserem Kaiser!“

An diesen zündenden, mit patriotischem, rauschendem Beifalle gekrönten Toast reihte sich würdig der folgende des Herrn Dr. Uranitsch „an den Mann „an, welcher an der Wiege der Verfassung stand“, und jetzt noch mit aller Macht seines Geistes an deren Realisirung arbeitet, d. i. auf den Staatsminister Ritter v. Schmerling.

Einen besonders glücklichen Interpretor der in der gesamten Gesellschaft ungetheilt vorherrschenden

Liebe, Achtung und Verehrung für ihren neu erwählten Präsidenten fand die letztere in der Person ihres Mitgliedes Herrn Dr. Rudolph, der mit der ihm eigenthümlichen schlagfertigen, erheiternden und belebenden Weise die Verdienste dieses Mannes für die Gesellschaft beleuchtet und unter jubelnder Acclamation Aller die Freude nachdrücklichst hervorhob, welche die Gesellschaft aus Anlaß der neuesten Präsidenten-Wahl auf's Wärmste belebte. Sein „Hoch“ galt dem gefeierten Herrn Landesgerichtsrath v. Strahl. — Sein zweiter Toast galt dem Herrn Alterspräsidenten Landesgerichtsrath Brunner, dem er die Bemerkung vorausschickte, wie sehr es ihn freue, am Tische zuvörderst praktische Juristen, und unter diesen wieder als besonders glänzende Vertreter auch das Landesgericht repräsentirt zu finden.

Herr Bergcommissär Fritsch hob hervor den wohlthuenden Eindruck, den die General-Versammlung im Allgemeinen hinterlassen, wie die vier Elemente der Verstandesschärfe, der Beredsamkeit, des Gemeinsinnes und der Eintracht dessen Kriterium gewesen. In diesen vier Elementen sei aber auch der Talisman für die Zukunft des Vereines gelegen, der, ein grüner Zweig am ewig frischen Baum der Wissenschaft, fortan entsprechend der Hoffnung gedeihen möge, zu welcher seine, während seines kurzen Bestandes so schnell erreichte Prosperität uns vollauf berechtige.

Der reichlich am Bankett-Tische vollzogene Stoffwechsel gab dem ersten Vereins-Sekretär Herrn Dr. E. H. Costa Anlaß zur geistreichen, schwunghaften Durchführung einer Anfangs scherzhaften, später ernster gehaltenen Parallele im politischen und legislativen Gebiete. Seine durchgeführten Reflexionen waren überwiegend politischen Inhalts. Als politischen Stoffwechsel zeichnete derselbe in besonders drastischer Weise den „Völker-Frühling im J. 1848“ im Gegensatz zu der Wiedereinsetzung der absoluten Gewalt nach der Auflösung des Reichsrathes zu Kremsier; ferner den verstärkten Reichsrath als Uebergangsbrücke zum Oktober-Diplom, bei welchem Redner länger verweilte. Durch das Februar-Patent wurde der Stoffwechsel vollendet. — In diesem Kampfe der Centralisation und des Föderalismus, in diesem Wogen der Tagespolitik und des wechselnden Stoffes des Rechtes mit der Politik seien nur zwei Grundsäulen die einzigen Anhaltspunkte, die jedem der Juristen, wenn er auch verschiedene Hieroglyphen in denselben eingegraben findet, tief in's Herz gegraben sein müssen. Diese zwei Grundsäulen sind die „Freiheit und das Recht.“ Ihnen gelte sein Hoch.

Herr Dr. Ponkraz knüpfte an diesen Toast einen andern auf diejenigen, welche durch ihre Mission die Bürgschaft dafür bieten, daß uns die Freiheit und das Recht auch erhalten bleibe, nämlich auf die Volksvertretung und den Landtag in Laibach.

Herr Dr. Rudolph fügte diesem Toaste noch ein Appendix zum Wohl des Landes-Ausschusses bei.

Herr Bezirksvorsteher Derbitsch erhob sich sodann mit folgenden Worten: „Meine Herren! Es „ist des Rechtes in der Theorie gedacht worden, es

„ist gedacht worden der Männer, welche neue Rechts-Institutionen eingeführt haben; jedoch das Recht „wird erst dann segens- und heilbringend, wenn es „zur Realisirung kommt. Ich und wir schätzen gewiß „die Männer, welche die schöne Aufgabe haben, das „Recht zu realisiren; ich meine den Advokatenstand, „und ich bringe somit einen Toast aus auf den zahlreich hier versammelten Advokatenstand.“

Großen Beifall errang der nachstehende, in Räthsel-form improvisirte Toast des Herrn Ritter v. Fritsch:

Die vier Elemente:

Als Feuer, Licht und Wärme hat ihn Apoll' uns zugewendet, Die Luft ist seine Heimat, die ihn vermittelnd uns entsendet, Als Wasser wird er oft zum Brudermord, zur Rettung auch verwendet,

Aus Erdenstaub ein Mann, den wir uns heute selbst gespendet, Ein Gott hat uns in guter Stund' dieß edle Haupt verpfandet, Ihm sei aus voller Brust ein donnernd Hoch gespendet!

Nach zwei slovenischen, vom Herrn Dr. E. H. Costa auf die Einigkeit aller Völker, und von Dr. Alhadi jun. im Anschlusse an die schönen Verse Dr. Preßers auf das Land Krain ausgebrachten Zivios erreichte die freudige Stimmung ihren Höhepunkt durch das herrliche Improvisations-Talent des Herrn Vereins-Mitgliedes Ritter v. Formacher, welcher der Reihe nach auf jeden der Anwesenden ein witziges Reimlied zu schmieden wußte.

Zimmer enggeschlossener und rascher folgten sich die Toaste, die zu verzeichnen die vorgesteckten Raumsgrenzen weit überschreiten würden, wenngleich dieselben den schönsten, sprudelnden Kampfsplatz an Geist und Wit darboten.

Im Vorübergehen sei nur in Kürze gedacht des zarten, sinnreichen Toastes des Herrn Doktor und Finanzrathes Kallenegger auf die mit den Juristen engverbundene Frauenwelt, des in italienischer Sprache gehaltenen meisterhaften Toastes des Dr. Pittoni auf die großen Juristen aller Nationalitäten, des Toastes des Herrn Ritter v. Fritsch auf die mit dem öffentlichen Leben und der Juristenwelt so innig verschwimmte Stenographie, diese gewaltige Potenz im modernen Staatsleben, dann desjenigen von Dr. E. Costa auf das Notariat und die Schwurgerichte, von Herrn Dr. v. Schrey auf die „Verbindung von Justiz und Administration — in unserm Vereine“, von Herrn k. k. Finanz-Concipisten Dimitz auf „das historische Recht“ u. s. w. u. s. w.

So bildeten auch an diesem Abende die Gemüther einen wohlgeschlossenen Phalanx gegen jeden störenden Einfluß und besiegelten so, daß des „Wissens Macht“ in der That fester knüpft und kettet, als alle materiellen Bande.

Die Ueberzeugung, die die Gesellschaft aus dieser Feier schöpfte, war eine tiefe und befriedigende, daß der Vereinsbestand gesichert, die Einheit fest begründet, sein Zweck ein richtig erkannter, seine Bedeutung eine vollauf erkannte und sein Leben ein rasch pulsirendes sei, vollkommen geeignet, in's praktische Leben noch manche nützliche Frucht zum allgemeinen Frommen und Nutzen des heimischen Kronlandes zu schütteln.

Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg. — Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Effekten- und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien. Den 16. März 1863.

| Effekten. | Wechsel. |
|-------------------------|-----------------------|
| 9% Metalliques 74.40 | Silber 114.50 |
| 5% Nat. Anl. 80.70 | London 115.— |
| Bankaktien . . . 797 | K. k. Dufaten . . 548 |
| Kreditaktien . . 213.10 | |

Fremden-Anzeige.

Den 14. März 1863.

Hr. Vanja, k. k. Major, von Gemona. — Die Herren: Blasich, und — Sartorio, Kaufleute, von Sissek. — Die Herren: Tomek, und — Roek, Kaufleute, von Wien. — Hr. Kregar, Privatier, von Graz. Am 15. Hr. Granner, Kaufmann, von Ramn. — Hr. Pauer, Kaufmann, von Wien. — Hr. Rosenthal, Baubeamter, von Oraviza. — Hr. Becker, Privatier, von Graz. — Hr. Humlauer, Gutsbesitzer, gattin, — Fräulein Pauritsch, Förstersochter, — und Fräulein, Standinger, Bürgersochter, von Klagenfurt. — Fräulein Wiedenhofer, Beamtensochter, von Marburg.

3. 567.

Zu vermietthen sind:

Zu Georgi d. J. zwei Zimmer auf der St. Petersvorstadt um den billigen Miethzins von 100 fl., auch mit Gasthaus. Befugniß versehen dann ist eine Wirthschafterin, ein Lohnbediente, und ein Zimmer-Kellner zu placiren; auch wird ein Zimmer mit Verköstigung gesucht; dann ein Gasthaus mit 10 Zimmern, Billard, Nebengebäude, Bräuhaus, 40 Zoch Grundstücke und ein Kohlen-Lager um nur 15000 fl. zum Kaufe anempfohlen v. J. A. Schuller zu Laibach, Polana-Vorstadt Nr. 71, Konzis. Agent.

Der heutigen Zeitung liegt bei: Bericht der Direktion der k. k. priv. innerösterreich. wechselseitigen Brand- und Schaden-Versicherungs-Anstalt.

3. 568. (1)

Maulbeerbäume

sind bester Qualität im Garten des Herrn S. J. Pessiak Söhne, obere Gradtsch-Vorstadt Nr. 51 zu haben.

3. 573. (1)

Promessen

auf

Credit-Lose zur Ziehung

am 1. April 1863

mit Haupt-Treffern von

250,000, 40,000, 20,000 fl. etc.

à fl. 4 gestempelt,

und mit der Unterschrift des Großhandlungs-Hauses J. C. Sothen in Wien versehen, sind noch zu haben bei

J. E. Wutscher.

3. 536. (2)

Im Gasthose zur „Stadt Wien“ in Laibach

stehen 2 gute Original-Pinzgauer Kühe, im Mai und Juni d. J. kalbernd, zum Verkaufe.